ausdrückte – und nicht der Anfang vom Ende. Ruggie hat die Leitprinzipien als das ›Wie‹ und den Referenzrahmen von 2008 als das ›Was‹ bezeichnet. In der Diskussion im Menschenrechtsrat wurde dieser Unterschied häufig verwischt, und die Leitprinzipien wurden als der globale Rahmen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte bezeichnet – der sie nicht sind. Die UN sollten daher die Tür nicht verschließen zu einem Mandat, das auch die Lücken in den Leitprinzipien identifizieren und Vorschläge zu deren Behebung machen kann. Es gilt, die Stärken von Leitprinzipien und Referenzrahmen zu nutzen und auf ihnen aufbauend bestehende Instrumente zum Schutz der Opfer einzusetzen und weiterzuentwickeln. Das Ziel, den internationalen Rechtsrahmen zu stärken, sollte dabei nicht vernachlässigt werden. Dieser sollte sich nicht auf Konfliktgebiete beschränken, so wie es zurzeit in den Leitprinzipien vorgesehen ist. Denn ein großer Teil der Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen findet in friedlichen Regionen oder solchen mit niedrigschwelligen Konflikten statt. Mittel- und langfristig werden die Vereinten Nationen ein Sonderverfahren zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte brauchen, das auch die Befugnis hat, Beschwerden entgegenzunehmen und Empfehlungen zu formulieren.

Rechte des Kindes: 53. bis 55. Tagung 2010

- **Prüfung von 54 Berichten**
- **Erstberichte aus Montenegro**

Stefanie Lux

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Stefanie Lux über die 50. bis 52. Tagung 2009, VN, 5/2010, S. 226ff., fort.)

20 Jahre nach seinem Inkrafttreten ist das **Übereinkommen über die Rechte des Kindes** (kurz: **Kinderrechtskonvention**) inzwischen fast weltweit gültig. Nur die USA und Somalia sind noch keine Vertragsstaaten. Auch den beiden Fakultativprotokollen sind nur zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung im Mai 2000 schon mehr als zwei Drittel der Staatengemeinschaft beigetreten. Bis Ende 2010 hatten 139 Staaten das Protokoll betreffend die Beteiligung von Kindern in bewaffneten Konflikten (OPAC) ratifiziert, neun Staaten mehr als im Vorjahr. Dem Fakultativprotokoll betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie (OPSC) waren zum selben Zeitpunkt 142 Staaten beigetreten, acht Staaten mehr als 2009.

Um die damit einhergehende sehr hohe Zahl an Berichten zu bewältigen, beschloss der **Ausschuss für die Rechte des Kindes** (CRC), alle drei Tagungen des Jahres 2010 im Zwei-Kammer-System abzuhalten. Der CRC konzentrierte sich dabei ausschließlich auf die Berichtsprüfung und verzichtete auf einen Tag der Allgemeinen Diskussion und die Verabschiedung von Allgemeinen Bemerkungen. Insgesamt wurden auf den drei Tagungen im Jahr 2010 54 Berichte behandelt. Im Folgenden seien einige der Abschließenden Bemerkungen zu den Berichten beispielhaft herausgegriffen.

53. Tagung

Auf der Frühjahrstagung prüfte der Ausschuss die Berichte aus Burkina Faso, Ecuador, El Salvador, Kamerun, der Mongolei, Norwegen, Paraguay und Tadschikistan zum Übereinkommen. Zudem behandelte er die Berichte aus Ecuador, El Salvador, Estland und der Mongolei zum OPSC sowie die von Ecuador, Israel, Liechtenstein und der Mongolei zum OPAC.

Die Gesetzgebung in der **Mongolei** sei zum Teil mit sich selbst unvereinbar, bemängelten die Sachverständigen. So widerspreche etwa das Gesetz zur Schulpflicht den Regelungen über das Mindestalter für die Arbeitsaufnahme. Viele Kinder brechen die Schule ab und arbeiten meist in informellen Bergbausiedlungen oder in der Landwirtschaft. Oft seien sie dabei der Gefahr von Arbeitsunfällen oder Vergiftungen durch Chemikalien ausgesetzt. Der Ausschuss kritisierte zudem die extreme Unterrepräsentierung von Jungen im Bildungsbereich und ihre hohen Schulabbruchsraten. Dieses Phänomen hänge auch mit veralteten kulturellen Einstellungen über die Rolle von Jungen in der Familie zusammen. Positiv bewertete man Änderungen im Strafrecht: So wurde die gesetzlich zulässige Dauer der Untersuchungshaft für Minderjährige begrenzt und das vorgeschriebene Mindest-Strafmaß für Ersttäter herabgesetzt. Die Zustände in der Untersuchungshaft seien jedoch weiterhin besorgniserregend, monierte der Ausschuss. Kinder würden dort oft Opfer von Gewalt durch die Polizei und seien nicht immer getrennt von Erwachsenen untergebracht. Bei der Prüfung des Berichts zum OPSC wiesen die Sachverständigen insbesondere auf den zunehmenden Mädchen- und Frauenhandel hin, viel zu wenige Fälle würden strafrechtlich verfolgt. Sie forderten die Mongolei auf, mehr soziale Reintegrationsmaßnahmen und psychosoziale Hilfe für Opfer von Ausbeutung und Kinderhandel zur Verfügung zu stellen. Bei der Diskussion des Berichts zum OPAC betonte der CRC besonders die Notwendigkeit, die Bestimmungen des Protokolls bei den Angehörigen der Streitkräfte besser bekannt zu machen.

Bei der Prüfung des Berichts aus **Israel** zum OPAC brachten die Ausschussmitglieder zum wiederholten Mal ihre Auffassung zum Ausdruck, dass das Übereinkommen und seine Protokolle auch für die besetzten palästinensischen Gebiete gelten. Die fortwährende Weigerung Israels, über die Situation dieser Kinder zu berichten, sei daher nicht hinnehmbar. Die Sachverständigen äußerten große Besorgnis angesichts der Bombardierung ziviler Ziele, außergerichtlicher Tötungen sowie der Zerstörung von Häusern und Infrastruktur in diesen Gebieten. Rechte von Kindern unter israelischer Hoheitsgewalt seien zum Teil schwer verletzt worden, insbesondere im Rahmen der ›Operation Cast Lead‹ im Gaza-Streifen im Dezember 2008 und Januar 2009. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit führe zudem dazu, dass Zugang zu Bildung, Gesundheitsdiensten und sauberem Wasser oft verwehrt sei. Gleichzeitig erkannten die Sachverständigen jedoch das ›Klima der Angst‹ im Land an, das durch die absichtliche und wahllose Tötung israelischer Zivilisten und zum Teil auch Kinder durch palästinensische bewaffnete Gruppen erzeugt wird. Hinsichtlich der Rekrutierung von Soldaten entspreche die israelische Gesetzgebung nicht voll den Bestimmungen des Protokolls, da Personen unter 18 Jahren obligatorisch eingezogen werden können. Positiv merkte der CRC an, dass asylsuchenden Kindern, die in anderen Ländern rekrutiert oder in be-

waffneten Konflikten eingesetzt wurden, Flüchtlingsstatus gewährt wird.

54. Tagung

Auf der Sommertagung behandelte der CRC die Berichte aus Argentinien, Belgien, Grenada, Japan, Mazedonien, Nigeria und Tunesien zur Kinderrechtskonvention. Mit Argentinien, Japan, Kolumbien, Mazedonien und Serbien wurden die Berichte zu jeweils beiden Protokollen diskutiert, mit Belgien der Bericht zum OPSC.

Unzufrieden äußerte sich der CRC angesichts der Tatsache, dass sich gesetzliche Weiterentwicklungen in **Belgien** je nach Gemeinschaft (flämisch, wallonisch, deutsch) unterscheiden. Dies führe dazu, dass Kinder in einer Region nicht unbedingt denselben Rechtsschutz erhalten wie Kinder in den anderen Gemeinschaften. Die Sachverständigen zeigten sich äußerst besorgt angesichts des weit verbreiteten Kindesmissbrauchs, welcher in Flandern die zweithäufigste Ursache für den Tod von Kindern ist. Generell sei die Zahl der Todesfälle aufgrund von Missbrauch in Belgien höher als in den meisten anderen westlichen Ländern, so der Ausschuss. Ein weiteres gravierendes Problem sei der Gesundheitszustand von Kindern aus den ärmsten Familien. Die Sterblichkeitsrate im ersten Lebensjahr von Kindern aus Familien ohne Einkommen ist in Belgien 3,3 Mal höher als in Familien mit doppeltem Einkommen. Viele Familien leben ohne umfassende Krankenversicherung. Kritik übten die Sachverständigen auch am großen Einfluss von sozioökonomischen Faktoren auf die Bildungsmöglichkeiten für Kinder. Bei der Prüfung des belgischen Berichts zum OPSC begrüßte der Ausschuss gesetzliche Neuerungen, die der Bekämpfung von Menschenhandel dienen. Bemängelt wurde hingegen, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz der für sexuellen Missbrauch von Kindern schuldig befundenen Täter zu Gefängnisstrafen verurteilt wird.

Die Gesetzgebung in **Japan** sorgte in mehreren Bereichen für Missfallen bei den Ausschussmitgliedern. Entgegen der Empfehlungen ihrer vorhergehenden Abschließenden Bemerkungen bleibt das Mindestalter für die Eheschließung für Jungen (18 Jahre) und Mädchen (16 Jahre) unterschiedlich. Uneheliche Kinder werden in Erbrechtsfragen weiterhin benachteiligt, die Rechte von jugendlichen Straftätern wurden eingeschränkt, und das Strafrecht erkennt nur Frauen und Mädchen als potenzielle Vergewaltigungsopfer an, nicht jedoch Jungen. Die hohe akademische Qualität, die das japanische Schulsystem hervorbringt, wurde vom CRC hervorgehoben. Gleichzeitig warnten seine Mitglieder jedoch vor exzessivem Wettbewerbsdruck in der Schule. Das konkurrenzbetonte Klima könne zu Mobbing, mentalen Störungen, Schulabbruch und Selbstmorden beitragen. Bei der Prüfung des Berichts zum OPSC kritisierte der CRC, dass Opfer von im Protokoll behandelten Vergehen in Japan keine ausreichende Unterstützung während Ermittlungen und Gerichtsverhandlung erhalten. Positiv bewertete man hingegen Gesetzesänderungen, die bewirken, dass Opfer von Menschenhandel nicht länger deportiert werden. Unter dem OPAC forderte der Ausschuss Japan auf, die Rekrutierung von Kindern in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen ausdrücklich unter Strafe zu stellen.

55. Tagung

Auf der Herbsttagung prüfte der Ausschuss die Berichte aus Angola, Burundi, Guatemala, Montenegro, Nicaragua, Spanien, Sri Lanka und Sudan. Mit Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Nicaragua und Sierra Leone diskutierte der CRC die Berichte unter beiden Protokollen, mit Sri Lanka und Sudan unter dem OPAC.

Der jüngste Vertragsstaat des Übereinkommens, **Montenegro**, stellte im Jahr 2010 seine Erstberichte zur Konvention und zu den beiden Protokollen vor. Positiv bewerteten die Ausschussmitglieder neue Gesetze zum Schutz vor Gewalt in der Familie und vor Diskriminierung. Der CRC monierte jedoch den niedrigen Anteil des Staatshaushalts, der für Gesundheitsversorgung und die Unterstützung von Familien zur Verfügung steht und insbesondere die Kürzungen im Bildungsbereich. Anlass zur Sorge boten zudem die hohe Zahl von Teenager-Schwangerschaften und Abtreibungen sowie die schlechte Qualität des Bildungssystems. Unzufrieden zeigte sich der Ausschuss angesichts des niedrigen Lebensstandards eines großen Teiles der Kinder im Land, dabei seien besonders Roma, Ashkali und ägyptische Kinder Armut und sozialer Isolation ausgesetzt. Bei der Berichtsprüfung zum OPAC beanstandete der CRC vor allem, dass es Personen unter 18 nicht unter allen Umständen verboten ist, den Streitkräften beizutreten. In ihren Bemerkungen zum OPSC-Bericht begrüßten die Ausschussmitglieder die umfassenden Bemühungen des Staates, gegen den Kinderhandel vorzugehen. In den Bereichen Kinderprostitution und -pornographie fehle es hingegen an präventiven Maßnahmen und an Betreuung für die Opfer.

Als Folge des langjährigen bewaffneten Konflikts in **Sudan** bleiben das Land und seine Bevölkerung mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Besonders in Darfur werden Zivilisten, darunter auch Kinder, weiter getötet, verstümmelt und vertrieben. Der Ausschuss verurteilte scharf die Zerstörung von Dörfern und Infrastruktur durch von der Regierung unterstützte Milizen. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat keinen Zugang zu Trinkwasser und angemessenen Sanitäreinrichtungen. Die Schulbesuchsraten in Grundschulen und weiterführenden Schulen bleiben extrem niedrig. Anlass zur Beanstandung bot auch das Jugendstrafrecht. Die Strafmündigkeit wird oft nach dem Grad der körperlichen Reife und nicht anhand des Alters bestimmt. Zudem werden die Fälle von Minderjährigen regelmäßig vor Gerichten für Erwachsene verhandelt und Kinder mit Erwachsenen in Gefängnissen untergebracht. Besorgt äußerte sich der CRC zudem angesichts der Berichte über die Anwendung der Todesstrafe bei Kindern. Das neue Recht der Streitkräfte legt das Mindestalter für die Rekrutierung auf 18 Jahre fest und stellt die Rekrutierung von Kindern unter Strafe. Dies wurde bei der Prüfung des Berichts zum OPAC begrüßt. Der CRC nahm dabei jedoch mit Besorgnis Berichte über Kinder, die den sudanesischen Streitkräften und von der Regierung unterstützten Milizen angehören, zur Kenntnis. Er kritisierte auch die völlig unzureichende Geburtenregistrierung, welche es erschwert, das Alter junger Rekruten zu überprüfen. Ein gravierendes Problem bleiben die bewaffneten Gruppen im Staat. Besonders die ›Lord Resistance Army‹ habe hunderte Kinder entführt und zwangsverpflichtet. Der Ausschuss forderte die Regierung dringend auf, die Handlungen bewaffneter Gruppen unter Strafe zu stellen und mehr für die Demobilisierung und Wiedereingliederung der betroffenen Kinder zu tun.